

Schweiz

Behörden und Experten sind beunruhigt über die Coronalamlage

Bern Weitere Kantone haben neue Massnahmen gegen die Verbreitung von Covid-19 ergriffen. Unterdessen warnte der oberste Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger: «Es verträgt nichts mehr».

«Beunruhigung. Das ist das Wort der Stunde». So hat sich gestern Lukas Engelberger geäussert, der Präsident der Konferenz der Gesundheitsdirektionen. In der Sendung «Tagesgespräch» von Schweizer Radio SRF sprach er über die aktuelle Coronasituation in der Schweiz.

Die Fallzahlen seien relativ lange linear oder gar rückläufig gewesen. «Es ist möglich, dass die Situation uns zu viel Vertrauen gegeben hat.» Das sei aber eine gefährliche Illusion. Es sei kühler geworden, das Leben verlagere sich wieder in die Innenräume. Die Wahrnehmung und das Verhalten in der Bevölkerung müssten sich wieder ändern, mahnte Engelberger.

Seit Anfang Oktober zeigt die Kurve mit den Neuansteckungen in den Unterlagen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) wieder steil nach oben. Gestern vermeldete das BAG 1445 Neuansteckungen. Eine Woche zuvor waren es 700 Neuinfektionen gewesen und vor zwei Wochen, Ende September, deren 225.

Die Kantone «schärfen nach»

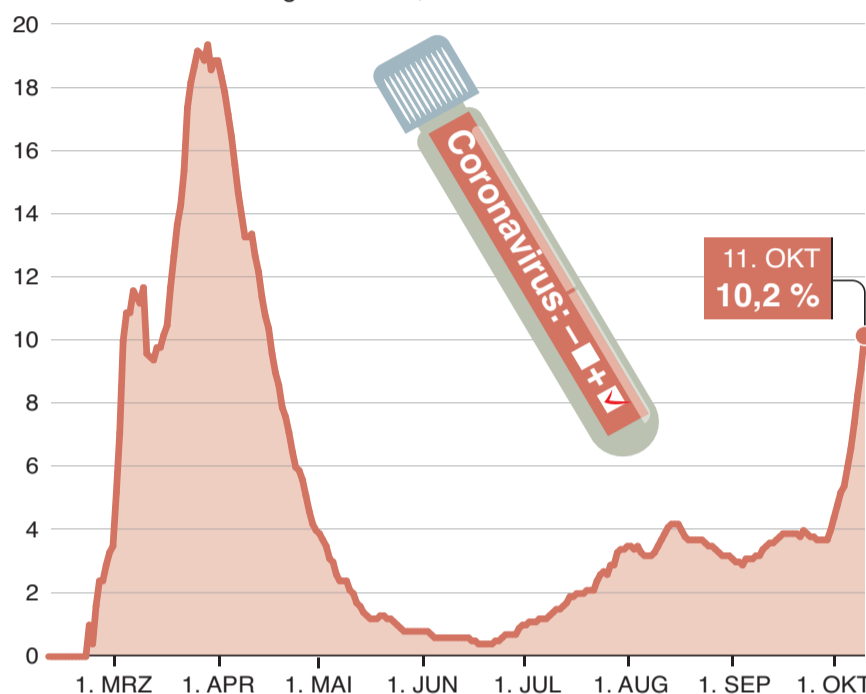
Jede und jeder habe den Schlüssel in der Hand, durch vorsichtiges Verhalten – etwa bei Familien- und Firmenanlässen, bei Apéros und im Vereinsleben – dafür zu sorgen, dass die Zahlen nicht weiter steigen, sagte Engelberger im «Tagesgespräch». Masken zu tragen, Abstand zu halten und keine «unvorsichtigen Anlässe» durchzuführen, sei wichtig. Dies helfe auch, die Rückverfolgung, das sogenannte Contact Tracing, besser durchführen zu können. Die Rückverfolgung stösst derzeit in einigen Kantonen an die Kapazitätsgrenzen.

Die Kantone seien aufgerufen zu prüfen, ob sie bei den Massnahmen nachschärfen müssten, sagte Engelberger. Er geht davon aus, dass in dieser Woche in mehreren Kantonen weitere Massnahmen kommen werden. So weitete gestern etwa bereits der Kanton Schwyz seine Maskenpflicht aus: Ab Freitag gilt an öffentlichen und privaten Anlässen mit über 50 Personen eine Maskenpflicht, wenn der Abstand nicht eingehalten werden kann, auch in Einkaufszentren.

Eine Maskenpflicht in Einkaufsläden gilt ab Freitag neu auch im Kanton Schaffhausen. Die Massnahme wurde gestern beschlossen, nachdem der Kanton letzte Woche so viele Neuansteckungen mit dem Coronavirus verzeichnet hatte wie noch nie. Anders im

Positivitätsrate bei den Coronatests

Positive Fälle im 7-Tages-Schnitt, Datenstand: 13. Oktober



GRAFIK: BT/Keystone-Sda Quelle: BAG

Kanton Obwalden, wo sich die Situation ebenfalls zugespitzt hat. Auf zusätzliche Massnahmen will der Kanton noch verzichten, weil sich die meisten Personen im privaten Umfeld oder

am Arbeitsplatz angesteckt hätten, teilte das Gesundheitsamt gestern mit. Engelberger nimmt aber auch die Veranstalter von Grossveranstaltungen in die Pflicht: Diese müssten extrem aufpas-

Kanton Bern will Reise-Quarantäne aufheben

Wer die Herbstferien im Ausland verbringt, muss nach der Heimkehr mit einiger Wahrscheinlichkeit in Quarantäne. Die meisten Länder in Europa überschreiten inzwischen den Grenzwert des Bundes für Risikoländer – auch die Schweiz selber. Immer lauter wurden in den vergangenen Wochen die Stimmen aus Politik und Wirtschaft, die am Sinn dieser Massnahme zweifeln. Der Auserroder FDP-Ständerat Andrea Caroni etwa stösst sich daran, dass Einreisende selbst dann mit einer Kontaktsperre belegt werden, wenn sie aus einem Land kommen, in dem die Ansteckungsrate tiefer ist als in der Schweiz.

Nun reagiert der Bund: Er hat bei den Kantonen eine Änderung der Quarantäneregeln in Vernehmlassung gegeben,

wie Gesundheitsminister Alain Berset am Montag bekannt gab. Zum Inhalt der ist offiziell noch nichts bekannt. Jedoch bestätigen gut informierte Quellen, dass der Bund die Reisequarantäne von heute zehn auf sieben Tage verkürzen will.

Die Kantone haben bis Ende Woche Zeit, dazu Stellung zu nehmen. Während sich viele noch bedeckt halten, prescht Bern vor: «Die Reisequarantäne kann aus Sicht des Kantons Bern aufgehoben werden», sagt Gundekar Giebel, Sprecher des Gesundheitsdirektors Pierre Alain Schnegg (SVP). Giebel weist auch auf eine statistische Auswertung aus dem Kanton Genf: Die Resultate zeigten, dass nur wenige Personen angesteckt aus Risikoländern zurückkämen. *Jacqueline Büchi*

«Es ist möglich, dass die Situation uns zu viel Vertrauen gegeben hat.»

Lukas Engelberger, Präsident der Konferenz der Gesundheitsdirektionen

sen: «Es verträgt nichts mehr.» Solange bei Veranstaltungen wie Fussball- und Hockeyspielen, aber auch bei Privatanlässen oder in Clubs Disziplin herrsche, seien weitere Massnahmen wie Schliessungen oder das Verbot von Veranstaltungen nicht nötig. Sollte es aber anderweitige Hinweise geben, müsse «zurückbuchstabiert» werden und beispielsweise die Anzahl Personen in einem Stadion wieder reduziert werden.

Dennoch: Bitte keinen Alarmismus

Auch aus Sicht des Infektiologen Manuel Battegay sind die steigenden Fallzahlen und Hospitalisierungen besorgniserregend. Die Schweiz tue jedoch gut daran, nicht alarmistisch zu reagieren und überstürzt Massnahmen einzuführen, sagte Battegay, Co-Leiter der nationalen Covid-Taskforce, in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger». Die Bevölkerung müsse konkreter erfahren, wie sie sich in verhalten solle. Wer zum Beispiel seine Grosseltern im Altersheim besuchen wolle, sollte zehn Tage auf Clubbesuche verzichten.

Für die steigenden Hospitalisierungen seien die Spitäler gewappnet. Die Kapazitäten seien jedoch nicht unbeschränkt. Die Zahl der neuen Spitaleinzweisungen beliefen sich gestern auf 39. Eine Woche zuvor waren es zwölf, Ende September zehn Fälle.

Dass die Verantwortung derzeit bei den Kantonen liegt, hält Engelberger noch für richtig. Doch auch Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Gesundheitsminister Alain Berset machen sich Sorgen aufgrund der Situation, wie sie bereits am Montag sagten. Sie haben daher mit Wirtschaftsminister Guy Parmelin die Kantone für morgen zu einem Gipfeltreffen eingeladen, um die weiteren Schritte zu besprechen. *sda*

Nachrichten

BERN

Immer noch Baustellen bei der Geldwäscherei

Im Kampf gegen die Korruption hat die Schweiz Baustellen beim Schutz von Whistleblowern und bei der Geldwäschereibekämpfung. Das schreibt Transparency International im neuesten Ländervergleich zur Umsetzung der OECD-Anti-Korruptionskonvention. Allgemein beurteilt die Organisation die Korruptionsbekämpfung im Exportgeschäft wie bereits beim letzten Vergleich vor zwei Jahren als «ernüchternd», wie sie gestern mitteilte. Der Welthandel sei weit davon entfernt, korruptionsfrei zu sein. Insgesamt schneidet die Schweiz bei der Korruptionsbekämpfung gut ab. *sda*

ZÜRICH

Neuer Chefredaktor des «Beobachter»

Der 54-jährige Journalist Dominique Strebel wird per 1. Mai 2021 neuer Chefredaktor des «Beobachter». Er tritt die Nachfolge von Andres Büchi an, der nach 13 Jahren als Redaktionsleiter in den Ruhestand geht. Der 54-jährige Strebel leitet derzeit unter anderem die Diplombildung an der Schweizer Journalistenschule MAZ in Luzern. *sda*

BERN

Ständerat Rieder führt Lötschberg-Komitee

Der Walliser CVP-Ständerat Beat Rieder amtiert neu als Geschäftsführer des Lötschberg-Komitees. Er folgt in dieser Funktion auf die heutige Bundesrätin Viola Amherd. Dies teilte das Lötschberg-Komitee gestern nach seiner Generalversammlung mit. Der politischen Lobby-Organisation für den Ausbau der Nord-Südachse via Lötschberg gehören rund 300 Mitglieder an – darunter die Kantone Bern, Baselland, Basel-Stadt, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis. *sda*

BERN

Den IV-Stellen besser auf die Finger schauen

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) schaut den IV-Stellen bei den medizinischen Gutachten besser auf die Finger. Es reagiert damit auf Kritik, die IV-Stellen stünden unter Druck, möglichst wenig neue Renten zu sprechen. Grundsätzliche Änderungen seien nicht nötig, schrieb das BSV gestern. Gezielte Verbesserungen seien indessen möglich. In Zentrum stehen dabei die Zielvereinbarungen mit den IV-Stellen. Die Stellen fokussieren den Angaben gemäss BSV auf quantitative Aspekte etwa bei den Neurenten oder der Rentenentwicklung. *sda*

Reklame

16. OKTOBER - 22. OKTOBER 2020 TELEBIELINGUE

Aktuelle Informationen aus Ihrer Region, täglich ab 19.00 Uhr auf deutsch und ab 19.30 Uhr auf französisch.

FR **PORTEFEUILLE**
Fakten und Daten zur regionalen Wirtschaft
GYMNASTIK IM WOHNZIMMER
Gymnastik für zu Hause

SA **HERZSCHLAG**
Brustzentrum – mit Dr. med. Jérôme Mathis
PORTRÄIT
Felix Mosimann, Leuchtenbauer

SO **NACHGEFRAGT**
November – Zeit der Feiertage zum Gedenken der Toten – mit Thomas Dürst, Steinbildhauer und Sterbebegleiter

MO **IMMOBIEL**
Die neue Heizperiode – mit Daniel Grob, Verwaltungsratspräsident Franconi und Grob AG

DI **RENDEZ-VOUS**
Unterwegs an angesagte Veranstaltungen
HOCKEY
Das Neuste über den EHC Biel

MI **TALK**
Interview mit einem Gast zu einem aktuellen Thema aus den Bereichen Politik, Sport, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur

DO **CINEMA**
Kritiken zu neuen Kinofilmen
AGENDA
Die Highlights am Wochenende

STARKE SENDUNGEN MIT STARKEN PARTNERN:



f i y t v B Telebielingue

Martha Niquille soll neue oberste Richterin werden

Lausanne Die heutige Vizepräsidentin des Bundesgerichts soll Präsident Ulrich Meyer in seinem Amt ablösen.

Das Bundesgericht hat der Bundesversammlung für die Amtsperiode 2021 bis 2022 Martha Niquille als neue Bundesgerichtspräsidentin und Yves Donzallaz als Vizepräsidenten vorgeschlagen. Die Wahl findet in der Dezembersession statt.

Damit würde die heutige Vizepräsidentin des Bundesgerichts Ulrich Meyer in seinem Amt ablösen. Dies geht aus einer Medienmitteilung des Bundesgerichts von gestern hervor.

Meyer wird sich nach seiner Präsidentschaft nicht mehr für eine Wiederwahl als Bundesrichter zur Verfügung stellen, da er mit 67 Jahren nur noch ein Jahr vor

dem Erreichen der gesetzlichen Alterslimite steht.

Meyer ist seit 1987 als Bundesrichter tätig – damals noch als Mitglied des Eidgenössischen Versicherungsgerichts. Dieses ist seit 2007 als Erste und Zweite sozialrechtliche Abteilung ein Teil des Bundesgerichts. Von 2013 bis 2016 war Meyer Vizepräsident, bevor er 2017 zum Präsidenten des Bundesgerichts gewählt wurde.

Die SVP wollte die Wiederwahl ihres eigenen Richters Yves Donzallaz im September aufgrund von dessen Entscheid im Fall der Datenlieferung der UBS an Frankreich und weiterer früherer Voten verhindern, weil seine Haltung nicht der Parteilinie entspricht. Die Vereinigte Bundesversammlung bestätigte Donzallaz jedoch mit 177 von 239 gültigen Stimmen. Ihm fehlten einzig die Stimmen der SVP. *sda*

Corona im Altersheim: Strafverfahren

Sementina Nach zahlreichen Corona-Todesfällen in einem Altersheim in Sementina im Frühjahr hat die Tessiner Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eröffnet. Drei Personen werden fahrlässige Tötung und Verstoß gegen das Epidemiegengesetz vorgeworfen – darunter dem Generaldirektor und der ärztlichen Direktorin. Dies teilte die Tessiner Staatsanwaltschaft und die Gemeinde Bellinzona gestern mit.

Die Beschuldigten seien bereits befragt worden. Alle haben in dem betroffenen Heim in Sementina gearbeitet. Die Gemeinde Bellinzona schrieb von vier betroffenen Mitarbeitenden.

Zwischen März und Mai waren in dem Heim laut Medien über zwanzig Personen an Covid-19 gestorben. *sda*